



Antrag

der Abgeordneten **Erwin Huber, Eberhard Rotter, Karl Freller, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Dr. Harald Schwartz CSU**

Elektromobilität in Bayern voranbringen – Bayerische Initiative soll neue Schubkraft bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der Staatsregierung und der bayerischen Automobilbranche zur Förderung der Elektromobilität mit dem Ziel, der Elektromobilität durch starke Impulse aus Politik und Wirtschaft neue Schubkraft zu verleihen, um die Zahl der neu zugelassenen Elektrofahrzeuge deutlich zu erhöhen.

Sie umfasst folgende wesentliche Punkte:

1. Direkte Anreize durch Kaufprämien durch den Bund unter Beteiligung der Automobilwirtschaft.
2. Deutlich stärkerer Beitrag des Bundes für den Ausbau der Ladeinfrastruktur, auch die Automobilwirtschaft soll sich mit eigenen Mitteln am Aufbau der Ladeinfrastruktur beteiligen.
3. Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Laden am Arbeitsplatz.
4. Öffentliche Beschaffungsinitiative für den staatlichen Fuhrpark.

Begründung:

Erfahrungswerte belegen, dass substantielle Kaufanreize ein wirksames Instrument für signifikante Verkaufszahlen von E-Fahrzeugen sind. Daher soll eine Kaufprämie durch den Bund eingeführt werden, an der sich auch die Automobilbranche beteiligt. Der Bund wird aufgefordert, hierfür zeitnah ein Konzept für eine bürgerfreundliche und einfach handhabbare Prämienlösung zu entwickeln.

Neben einer Kaufprämie soll die Ladeinfrastruktur flächendeckend ausgebaut werden. Bis 2020 sollen bis zu 7.000 öffentlich zugängliche Ladesäulen in Bayern bereit stehen. Am weiteren Aufbau der Ladeinfrastruktur soll sich Bayern finanziell beteiligen. Auch die bayerische Automobilindustrie wird aufgefordert, den Aufbau der Ladeinfrastruktur mit eigenen Mitteln zu unterstützen. Zudem soll sich der Bund deutlich stärker als angekündigt am Aufbau der Ladeinfrastruktur beteiligen.

Zum dritten ist es wichtig, eine spürbare Verbesserung der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für das Laden von Elektroautos einzuführen. Wenn Unternehmer/Arbeitgeber kostenfreie/günstige Lademöglichkeiten anbieten, soll dies nicht zu einer Besteuerung von geldwertem Vorteil in diesem Zusammenhang führen. Dazu ist es notwendig, dass die Bundesregierung insoweit den entsprechenden Bundesratsbeschluss zügig umsetzt und bürokratische Hemmnisse schnellstmöglich abbaut.

Bayern geht aber auch mit Vorbild voran. Durch eine staatliche Beschaffungsinitiative für Elektrofahrzeuge soll im staatlichen Fuhrpark der Anteil der Elektroautos bei Neuzulassungen, die grundsätzlich für Elektrifizierung geeignet sind, auf 20 Prozent erhöht werden.